

## AUFGEDECKT: Mehr als die Hälfte des Internet Datentransfers ist illegal



Mehr als die Hälfte des gesamten Internet-Datenverkehrs in Großbritannien betrifft illegale Inhalte. Rund sieben Mio. Menschen im Land betreiben Online-Piraterie und kosten der Wirtschaft dadurch Einnahmen in Mrd.-Höhe. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktuell präsentierter Bericht des Strategic Advisory Board for Intellectual Property (SABIP) <http://www.sabip.org.uk>. Demnach nutzen an einem ganz normalen Wochentag im Durchschnitt an die 1,3 Mio. Bürger Filesharing-Dienste im Internet. Über das ganze Jahr gerechnet haben sie dabei Zugriff auf urheberrechtlich geschütztes Material in einem Gesamtwert von 120 Mrd. Pfund (rund 138 Mrd. Euro). "Diese Zahlen zeigen den enormen Einfluss, den illegale Downloads auf die kreativen Branchen und die britische Wirtschaft im Allgemeinen haben", erklärt David Lammy, Intellectual Property Minister Großbritanniens, gegenüber BBC News.

"Geistiges Eigentum hat hohe kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung. Es schafft Identität und sichert zugleich Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Rund 42.000 Personen sind in der österreichischen Musikbranche beschäftigt, die jährliche Wertschöpfung beträgt etwa zwei Milliarden Euro. Durch Urheberrechtsverletzungen im Internet entsteht für die österreichische Musikbranche ein Schaden von rund zehn Mio. Euro jährlich", rechnet Thomas Böhm, Sprecher IFPI Austria, gegenüber presstext vor. Darüber hinaus entsteht aber auch nachhaltiger Schaden. "Die Einnahmen von heute finanzieren die Musik von morgen. Betroffen sind alle, die direkt oder indirekt ihren Lebensunterhalt mit Musik verdienen - von Musikern, Sängern, Komponisten und Autoren über Tonstudios, Managements, Verlage und Labels bis zu Mitarbeitern im Handel, in Presswerken oder in Mobile- und Online-Shops", fasst Böhm zusammen.

Um die Wirtschaft Großbritanniens vor einem weiteren finanziellen Schaden zu bewahren, will die SABIP in erster Linie die Internet Service Provider (ISPs) des Landes stärker in die Pflicht nehmen. Diese sollen zur Überwachung der Online-Aktivitäten der eigenen Kunden gezwungen werden. Zur Durchsetzung dieser Forderung hatten sich erst kürzlich einige der größten Namen der britischen Unterhaltungsindustrie zusammengetan, um gemeinsam Druck auf ISPs und Politik auszuüben. "Die wachsende Bedrohung durch illegale Filesharing-Dienste im Internet führt dazu, dass Filme nicht fertig produziert werden, DVD-Verkäufe einbrechen und

Arbeitsplätze in der Produktion und Distribution vernichtet werden", fasst John Woodward, Vorsitzender des britischen Film Councils <http://www.ukfilmcouncil.org.uk>, die Kritik der Kreativwirtschaft gegenüber BBC News zusammen.

Zur Bekämpfung der illegalen Downloads schlägt die Anti-Piraterie-Allianz die Einführung eines "Three-Strike-Modells" nach Vorbild Frankreichs vor (presstext berichtete: <http://presstext.at/news/090513018/>). Dieses sieht vor, dass Nutzer, die dreimal beim illegalen Download erwischt wurden, vom Internetanbieter aus dem Netz verbannt werden. "Um dem Piraterieproblem im digitalen Zeitalter wirkungsvoll zu begegnen, sieht die GVU ein Kooperationsmodell mit ISPs auf technischer Ebene als sinnvolle Ergänzung zum bestehenden rechtlichen Instrumentarium", erklärt Christine Ehlers, Sprecherin der Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen (GVU) <http://www.gvu.de>, gegenüber presstext. Im Unterschied zur Forderung in Großbritannien wolle man die Provider in Deutschland aber nicht dazu anhalten, eigenständig die Netze nach Raubkopien ihrer Kunden zu durchforsten, so Ehlers. (pte/red)